

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1075
Telefax: 0641 306-2700
E-Mail: ortsbeiraete@giessen.de

Datum: 23.12.2014

N i e d e r s c h r i f t

der 26. Sitzung des Ortsbeirates Wieseck
am Donnerstag, dem 11.12.2014,
im Bürgerhaus Wieseck, Philosophenstraße 26, 35396 Gießen-Wieseck.
Sitzungsdauer: 18:30 - 20:15 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Wolfgang Bellof Ortsvorsteher
Herr Karl Heinz Erb
Herr Klaus Zimmermann

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Herr Karl Heinz Brück
Herr Klaus-Dieter Mai
Herr Michael Oswald

Ortsbeiratsmitglieder der Bürgerliste für Umweltschutz und Frieden:

Herr Norbert Kress

Ortsbeiratsmitglieder der FW-Fraktion:

Frau Anette Vogelhöfer

Von der Verwaltung:

Herr Ralf Pausch Dezernat II
Herr Dr. Manfred Richter Stadtplanungsamt

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode Schriftführer

Entschuldigt:

Herr Rainer Hofmann SPD-Fraktion

Ortsvorsteher Bellof eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung des Ortsbeirates am 13.11.2014
3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
4. Entwurf des Nahverkehrsplans für den Bereich des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und der Universitätsstadt Gießen, Teilgebiet Universitätsstadt Gießen -NVP- 2014
- Antrag des Magistrats vom 11.11.2014 - STV/2467/2014
5. Wahl weiterer Vertreter des Ortsvorstehers
- Antrag der BUF-Fraktion vom 15.10.2014 - OBR/2427/2014
6. Mitteilungen und Anfragen
7. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Tagesordnung

Wurde bereits zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung des Ortsbeirates am 13.11.2014

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. **Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen**

Es wird nichts vorgebracht.

4. **Entwurf des Nahverkehrsplans für den Bereich des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) und der Universitätsstadt Gießen, Teilgebiet Universitätsstadt Gießen -NVP- 2014 - Antrag des Magistrats vom 11.11.2014 -** **STV/2467/2014**

Beschlussvorschlag:

- „1. Der vorgelegte Entwurf des Nahverkehrsplans 2014 (NVP) für das Teilgebiet der Universitätsstadt Gießen wird beschlossen.
2. Die vorgesehenen Maßnahmen zum Stadtbusverkehr werden beschlossen:
Linie 1 - Verlängerung über Allendorf nach Lützellinden,
Nachtbus-Verkehr - Übernahme des bisherigen Nachtbus-Angebots in den Gesamtverkehr,
Linie 5/15 - Aufhebung der Linie 15 und Eingliederung der Fahrten in den Fahrplan der Linie 5.
3. Die Umsetzung aller weiteren Maßnahmen ist vorbehaltlich der Finanzierung innerhalb der Laufzeit des NVP ist vorzusehen.“

Begründung:

Die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans für das Stadtgebiet erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe - ZOV-, dessen Zuständigkeit sich über die Landkreise Gießen, Vogelsbergkreis und Wetteraukreis erstreckt. In den Teilräumen sind die Beschlüsse jeweils separat von den räumlich zuständigen Aufgabenträgern zu fassen. Für den Teilraum des ZOV wurde der Beschluss von den dortigen Gremien im Dezember 2013 gefasst.

Das Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Hessen - ÖPNVG - gibt die inhaltliche Struktur des Nahverkehrsplans (Bestandsaufnahme, Mängelanalyse und Angebotskonzeption) sowie die Bearbeitungsschwerpunkte, u. a. zu der Erschließungs- und Bedienungsqualität, der Haltestellen- und Fahrzeugausstattung vor.

Der Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr wurde im April und im Dezember 2013 mit mündlichem Bericht des Magistrats zum jeweils aktuellen Bearbeitungsstand des Nahverkehrsplans informiert. In den Sitzungen der Ortsbeiräte erfolgte ebenfalls eine Information über die Planungsvorstellungen und deren z. T. intensive Beratung.

Die nach dem Personenbeförderungsgesetz - PBefG - vorgeschriebene Beteiligung der Anhörungsberechtigten und die Information der Öffentlichkeit erfolgten auf der Grundlage der Ergebnisse der Bestandsaufnahme, der Mängelanalyse und des Entwurfs der Angebotskonzeption. Von Bürgerinnen und Bürgern sind im

Beteiligungszeitraum (Dezember 2013/Januar 2014 insgesamt 105 Stellungnahmen eingegangen (Internetbeteiligung und Posteingang), in denen Anregungen z.B. zu einzelnen Linien (Fahrplan und Bedienung), zu Haltestellen und zu ÖV-Leistungen insgesamt vorgebracht wurden. Die Abwägung dieser Stellungnahmen ist dokumentiert. In die Erarbeitung des Entwurfs zum Nahverkehrsplan 2014 sind die Anregungen aus den Beteiligungsschritten im Herbst 2012 und vom 05.12.2013 bis 17.01.2014 (Internetbeteiligung vom 20.12.2013 bis 20.01.2014) sowie aus der kommunalpolitischen Beratung abgewogen und eingeflossen. Der regionale Rahmen ist auf der Grundlage des Regionalen Nahverkehrsplans des Rhein-Main-Verkehrsverbunds - RMV - eingeflossen.

Das Ergebnis der Bestandsaufnahme und Mängelanalyse zeigt für das Stadtgebiet keine besonderen Defizite bei der Linienführung, der Flächenerschließung und der Bedienungshäufigkeit, die Anlass für eine grundlegende Neukonzeption begründen würden. Auf einzelnen Linien sind zu Spitzenzeiten deutliche Kapazitätsengpässe festzustellen, für deren Minderung eine Erweiterung des Fahrtangebots erforderlich wäre.

Die im Entwurf unter der besonderen Zielsetzung des sparsamen Mitteleinsatzes erarbeitete Angebotskonzeption erstreckt sich im Wesentlichen auf punktuelle Maßnahmen zur Optimierung des Stadtbusbetriebs, z.B. die Anpassung an die Nachfrageentwicklung auf einzelnen Strecken und zu bestimmten Zeitlagen, die Verbesserung der Verbindungssicherheit und die künftigen Vorgaben für Haltestellen- und Fahrzeugausstattung.

Besonderer und dringender Handlungsbedarf bestand zur Einrichtung einer angemessenen Anbindung der Stadtteile Allendorf und Lützellinden, da die Linie 11 (Wetzlarer Verkehrsbetriebe GmbH) nach dem Fahrplanwechsel am 14. Dezember 2014 nicht mehr über Allendorf und Lützellinden geführt wird. Kleinlinden wird danach direkt von Wetzlar-Dutenhofen aus über die Wetzlarer Straße angefahren. Die entsprechende Verlängerung der Linie 1 über Allendorf hinaus zum Linienendpunkt in Lützellinden muss deshalb zum 14.12.2014 vollzogen werden.

Ebenfalls zum 14.12.2014 ist die Überführung des Nachtbusangebots in das Regelangebot vorgesehen.

Die Änderungen bei der Linie 5/15 dienen vor allem der Anpassung der Linienführung an das hohe Fahrgastaufkommen am Marktplatz.

Bei der Linie 13 ist die Verlegung der Endhaltestelle in das Baugebiet "Schlangenzahl" für das Fahrplanjahr 2016 vorgesehen.

Darüber hinausgehende fahrplanwirksame Maßnahmen, z.B. die Änderungen der Fahrzeiten und/oder Bedienung einzelner Linien sind ebenfalls für die Umsetzung zu Beginn des Fahrplanjahres 2016 vorgesehen.

Die grundlegende Neukonzeption der Linie 1 mit Prüfung der Möglichkeiten für eine Teilung der derzeitigen Linienäste ist als Handlungsauftrag zur Erledigung während der Laufzeit des NVP 2014 formuliert.

Weitere Bestandteile der Angebotskonzeption, z.B. der kontinuierliche Ausbau der Haltestellenausstattung und der Fahrgastinformation, sollen kontinuierlich - vorbehaltlich

der finanziellen Realisierbarkeit - in den Folgejahren umgesetzt werden.

Detaillierte Aussagen zu Haltestellen, Fahrplan und Fahrzeugeinsatz sollen im Nahverkehrsplan als Rahmenplan nicht festgeschrieben werden; sie würden die bedarfsangepasste Umsetzungsfähigkeit einschränken.

Um Beschlussfassung wird gebeten.

Herr Zimmermann, SPD-Fraktion, stellt fest, dass der Nahverkehrsplan nicht ganz zufriedenstellend für Wieseck ausfalle. Obwohl in Wieseck inzwischen mehr Einwohner leben, sei die Zahl der Busverbindungen gleich geblieben, moniert er. Zudem falle die Linie 15 sogar ganz weg. Zudem habe er bereits in der Sitzung des Ausschusses für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr angemerkt, dass im gesamten Stadtgebiet die Mobilität vieler Bürger eingeschränkt sei und diese auf den ÖPNV zurückgreifen können bzw. müssen. Und schon aus diesem Grunde müssten die Gegebenheiten in den Bussen immer wieder angepasst bzw. verbessert werden (z. B. genügend Sitzplätze, Stellfläche für Kinderwagen etc.). Zuletzt weist Herr Zimmermann nochmals auf die „unhaltbaren Zustände“ auf der Linie 1 sowie auf die überaus stark frequentierte Linie 5 hin. Es müssen dringend Verbesserungen her.

Sowohl **Herr Pausch** (Dezernat II) als auch **Herr Dr. Richter** (Stadtplanungsamt) versprechen, das noch einmal zu prüfen. Zudem verweist Herr Dr. Richter allerdings auf Mehrkosten von einer Million Euro, wenn an 250 Tagen pro Stunde ein Bus mehr eingesetzt würde. Ein Viertel der Busnutzer seien Barzahler, alle anderen haben Dauerkarten oder andere „Zahlsysteme“, klärt er auf.

Herr Pausch fügt noch hinzu, dass viele der in den vergangenen Monaten an die Planer heran getragenen Anliegen berechtigt, die meisten jedoch angesichts der Kassenlage nicht umsetzbar seien.

Herr Kress, BuF, macht auf Punkt 4.6 - Anforderungen an die Ausstattung von Haltestellen - des Nahverkehrsplanes aufmerksam; dort stehe: *„Stationen und Haltestellen sind für den Fahrgast das „Eingangstor“ zum öffentlichen Personennahverkehr. Ihre Ausgestaltung hat daher auch einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Attraktivität des Gesamtsystems ÖPNV.“* Das mag auf einige Haltestellen in Gießen durchaus zutreffen, doch er merkt an, dass dies mit Sicherheit nicht auf die Buswartehäuschen am Marktplatz zutrifft.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich zudem Herr Brück, Herr Oswald, Herr Mai und Herr Dr. Richter sowie Herr Pausch.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**5. Wahl weiterer Vertreter des Ortsvorstehers
- Antrag der BUF-Fraktion vom 15.10.2014 -**

OBR/2427/2014

Antrag:

„Der Ortsbeirat Wieseck ist ein mündiges Organ und wählt aus seiner Mitte demokratisch und per Beschluss noch weitere ‚Vertreter des Ortsvorstehers‘! Der Ortsbeirat wünscht, dass Vertreter nicht autokratisch bestimmt, sondern demokratisch gewählt werden! Die Liste des 2. und 3. Stellvertreters soll sich aus den Stimmenverhältnissen der letzten Wahl ableiten. Der Ortsbeirat soll dies per Akklamation so beschließen.“

Begründung:

In der letzten Sitzung wurde das „Antrags- und Rederecht der Ortsbeiräte“ beschlossen. Eine schriftliche Stellungnahme des Rechtsamts, die sich der Ortsvorsteher nach einem ersten Antrag zu diesem Thema eingeholt hatte, unterstützt diese den Antrag (hier nur auszugsweise zitiert):

- Es ist grundsätzlich zulässig, weitere Stellvertreter zu wählen.
- Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass weitere Stellvertreter in einer späteren als der ersten Sitzung gewählt werden.
- Sie (die Ordnungsvorschrift) schließt mithin nicht aus, dass bei einer späteren Sitzung weitere Stellvertreter gewählt werden. Das ist auch nicht durch § 7 Abs. 2 OrtsbeiräteGO ausgeschlossen, wonach in der ersten Sitzung ein Ortsvorsteher und ein Stellvertreter gewählt werden. Damit ist lediglich die Mindestausstattung geregelt. Das hindert den Ortsbeirat nicht, weitere Stellvertreter zu wählen.
- Diese Regelung schließt auch nicht aus, dass mehrere stellvertretende Ortsvorsteher gewählt werden, die die Vertretung wahrnehmen, bevor nach § 6 Abs. 2 OrtsbeiräteGO verfahren wird.

Herr Kress, BuF, trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Ortsvorsteher Bellof merkt hierzu an, bislang gab es keine Probleme in Vertretungsfällen, gleichwohl sei die Wahl weiterer Stellvertreter während der Wahlperiode zulässig.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt (Nein: SPD, CDU; Ja: BuF, FW).

6. Mitteilungen und Anfragen

6.1. Fahrbahninstandsetzung Alten-Busecker-Straße

Ortsvorsteher Bellof informiert, dass sich die Anlieger der Alten-Busecker Straße nicht an den Kosten der laufenden Fahrbahn-Instandsetzung beteiligen müssen, da sie nicht unter die grundhafte Erneuerung im Sinne der Straßenbeitragsatzung falle.

6.2. Einstellung von Planungskosten in den Haushaltsplan 2015

Herr Zimmermann, SPD-Fraktion, zeigt sich erfreut, dass in der Haushaltssitzung des HFWRE-Ausschusses beschlossen wurde, 20.000 Euro zur Planung eines vom Ortsbeirat seit Jahren geforderten Radwegs entlang der Philosophenstraße zwischen Wieseckbrücke und Eichgärtenallee in den Investitionsplan aufzunehmen.

6.3. Erklärung des Herrn Kress zu TOP 5

Herr Kress, BuF, zeigt sich enttäuscht über das Abstimmungsverhalten von SPD und CDU zum vorherigen Antrag. Er wirft den Vertretern beider Fraktionen „undemokratisches Verhalten“ vor.

Herr Oswald, CDU-Fraktion, reagiert verärgert über Herrn Kress Aussage und erklärt, *„wenn wir nicht demokratisch wären, säßen wir nicht hier“*.

Auch **Ortsvorsteher Bellof** kritisiert die Aussage von Herrn Kress und widerspricht aufs Schärfste. Er erteilt hierfür Herrn Kress eine Rüge.

6.4. Öffentliche Bekanntmachung des Basaltwerkes Eltersberg

Herr Kress, BuF, verweist auf eine öffentliche Bekanntmachung des Basaltwerkes Eltersberg (ist der Niederschrift als Anlage beigefügt), das sein Gelände erweitern will. Er fragt, warum der Ortsbeirat nicht im Vorfeld über eine Erweiterung informiert wurde.

Herr Pausch und **Herr Dr. Richter** stellen klar, dass es sich um ein Verfahren handele, bei dem die Stadt lediglich angehört worden sei und somit ist eine Beteiligung des Ortsbeirates nicht gegeben.

6.5. Unzureichende Beleuchtung des Parkplatzes hinter dem Bürgerhaus

Herr Mai, CDU-Fraktion, bemängelt erneut, dass die Beleuchtung auf dem Parkplatz vor der Sporthalle nicht eingeschaltet sei. Das Problem habe er in diesem Jahr bereits mehrfach angesprochen.

6.6. Ampelschaltung Ecke Kiesweg/Marburger Straße

Herr Oswald, CDU-Fraktion, moniert, dass an der Ampel - Höhe Ausfahrt Neils & Kraft (Kiesweg) - lediglich 3 Fahrzeuge in die Marburger Straße einbiegen können, die Ampelschaltung sei eindeutig zu kurz. Er bittet um Überprüfung, ob die Schaltung nicht verlängert werden könne.

6.7. **Parksituation in der Marburger Straße**

Herr Oswald, CDU-Fraktion, spricht zum wiederholten Male die Parksituation in der Marburger Straße freitags um 13:00 Uhr vor der Moschee an. Dies sei nach wie vor eine Katastrophe. Die Besucher der Moschee parken wie sie wollen und von Seiten der Stadt wird nach wie vor nicht kontrolliert. Er schildert kurz einen Vorgang, wo ihm von Seiten eines Polizisten - der dort aus einem Fahrzeug Radarkontrollen durchführte - gesagt wurde, dass er die Parksünder nicht aufschreiben werde, weil es zum Einen die Mitarbeiter des Ordnungsamtes nicht interessiere, die kurz vorher an diesem Tag dort auch vorbeigefahren waren, und zum anderen wäre er alleine vor Ort und würde mit Sicherheit nicht aus dem Fahrzeug aussteigen, um alleine die Autokennzeichen aufzuschreiben. Aufgrund dieser unhaltbaren Parkzustände werde Herr Oswald sich vorbehalten in Zukunft eine Dienstaufsichtsbeschwerde einzureichen, das scheint der einzige Weg zu sein, damit die Stadt gegen Verstöße vorgehe. In vielen Bereichen der Stadt, insbesondere in den Stadtteilen, werden Parksünder aufgeschrieben und bekommen ihre Knöllchen, nur an ausgewählten Stellen scheint man nicht gewillt, Parkverstöße zu ahnden.

Ortsvorsteher Bellof sieht die Problematik ebenso kritisch, schlägt aber vor, dass die Stadt Gießen mit den Verantwortlichen der Gemeinde das Gespräch suchen solle, um das Problem anzusprechen und nach einer Lösung zu suchen.

6.8. **Baumfällungen entlang des Gießener Rings**

Herr Kress, BuF, informiert, dass wieder einmal entlang des Gießener Rings Bäume gefällt wurden. Bereits im Frühjahr wurden im Bereich Großen-Linden (Auffahrt Klinikum) etliche Bäume gefällt, was er auch schon nicht nachvollziehen konnte. Nun wurden Bäume im Bereich (ab Edeka/Hangelsteinstraße Richtung Süden) gefällt, die natürlich dem Wohngebiet als Schallschutz dienten. Er fragt, wer sich für die Baumfällungen verantwortlich zeichnet und warum diese Bäume gefällt wurden. Weiter möchte er wissen, ob darüber nachgedacht werde, an dieser Stelle eine vernünftige Lärmschutzwand zu bauen, wenn man denn die natürliche Lärmdämmung entfernt.

6.9. Verkehrsversuch in der Straße Obergarten

Herr Pausch, Dezernat II, informiert über einen Verkehrsversuch in der Straße Obergarten, diese wird als Einbahnstraße ausgewiesen. Dies geschehe auf Anregung einiger Anlieger der Straße.

Herr Oswald, CDU-Fraktion, regt an, diesen Versuch erstmal über einen Zeitraum von 3 Wochen als Provisorium vorzusehen. Dieser Anregung stimmen die anderen Ortsbeiratsmitglieder zu.

7. Bürgerfragestunde

Ein Bürger spricht das Problem der Toiletten auf dem Wiesecker Friedhof an.

Ortsvorsteher Bellof erwidert das Problem sei schon lange bekannt, doch eine zufriedenstellende Lösung sei bisher nicht in Sicht. Die Toiletten seien nur während der Dienststunden des städtischen Bediensteten geöffnet, dieser arbeite allerdings nicht den ganzen Tag auf dem Friedhof.

Nach der Diskussion wird der Magistrat gebeten, folgende Möglichkeiten zu prüfen:

1. Anschaffung eines Zeitschlusses für die Toiletten (Anschaffungskosten und ist der Einbau sinnvoll)?
2. Besteht die Möglichkeit, dass Mitarbeiter des Ordnungsamtes den Schließdienst für die Toiletten übernehmen können, zumindest gegen Abend?
3. Die Stadt möge beim Blumengeschäft Haas versprechen, ob sie möglicherweise gewillt sind, den Schließdienst für die Toiletten zu übernehmen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Ortsvorsteher Bellof** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Donnerstag, **12.02.2015, um 18:30 Uhr** statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 02.02.2015, 8:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

(gez.) B e l l o f

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e